

„Gewerbsteuer muss bleiben“

Rainer Arnold: Modell der Bundesregierung treibt Gemeinden in den Finanzkollaps

NÜRTINGEN (pm). Der Nürtinger SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold kritisiert in einer Pressemitteilung Vorschläge der Regierung, die Gewerbsteuer abzuschaffen: „Wenn die Kommunen finanziell klamm sind, bekommen das die Bürger auch schnell zu spüren. Daher machen Verluste bei der wichtigsten kommunalen Einnahmequelle, der Gewerbsteuer, den Kämmerern besondere Sorgen. 2009 sackte die Gewerbsteuer bundesweit fast um 24 Prozent ab. Dieser Trend scheint jetzt vorerst gestoppt. Allerdings wollen Union und FDP diese Einnahmequelle am liebsten ganz abschaffen“, so der Abgeordnete.

Für die Gewerbsteuer macht sich die SPD-Bundestagsfraktion stark. Erhalt und Ausbau der Gewerbsteuer sind deshalb wichtige Bestandteile des sogenannten „Rettungsschirmes für Kommunen“, den die SPD im Bundestag fordert. Danach soll die Gewerbsteuer auch auf freie Berufe ausgeweitet werden. „Es ist einfach nicht ersichtlich, warum der kleine Handwerker Gewerbsteuer bezahlt, während die Zahnarztpraxis oder der Steuerberater davon befreit sind“, so der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD), „schließlich nutzen doch alle die kommunale Infrastruktur“.

Eine solche Ausweitung der Gewerbe- steuer brächte Entlastung für die kommunalen Kassen im Wahlkreis Nürtingen, wo

von einer Trendwende der Gewerbsteuer, wie sie der Deutsche Städtetag unlängst feststellte, noch nichts zu spüren ist. In Nürtingen etwa rechnet man mit 11,5 Millionen Euro gegenüber 12 Millionen im Jahr 2009. Zwar ist das verglichen mit dem Absturz der Einnahmen von 18 Millionen in 2007/2008 nur ein leichter Rückgang. Gleichzeitig gebe es aber weniger Vorauszahlungen der Unternehmen. Einschnitte seien somit unumgänglich. So werden geplante Vorhaben zunächst auf Eis gelegt; werden sie realisiert, wird zumindest der Umfang erheblich gekürzt. So stehen etwa für den Ausbau der Realschulen statt der ehemals geplanten 10 Millionen Euro nur noch 6,8 Millionen Euro zur Verfügung. Allerdings werde sich der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung mit etwas zeitlicher Verzögerung auch im Gewerbesteueraufkommen niederschlagen.

Setzten sich jedoch die Pläne der Bundesregierung durch, müssten sich die Bürger trotz brummender Wirtschaft auf weitere Einschnitte gefasst machen. Zum einen gehen den Kommunen durch das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung ohnehin 1,6 Milliarden Euro verloren. Zum anderen wollen FDP und Teile der Union die Gewerbsteuer am liebsten abschaffen und stattdessen einen Kommunalzuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer erheben.

Dieses Modell würde allerdings Bund und

Länder mit bis zu 6,1 Milliarden Euro belasten. Es dürfe aber bezweifelt werden, ob Bund und Länder angesichts chronisch knapper Kassen bereit seien, zugunsten der Kommunen etwas abzugeben. Daher müsste ein erheblicher Teil über die Mehrwertsteuer ausgeglichen werden.

Rainer Arnold vermutet, dass damit die Abschaffung der Gewerbsteuer zu einer höheren Mehrwertsteuer führen könnte. „Das wäre eindeutig die falsche Richtung“, so Arnold. Stattdessen müsse der Bund neben der Stabilisierung der Gewerbsteuer dafür sorgen, dass die Kommunen eine vollständige Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle erhalten.

Die vom Bundesfinanzminister eingesetzte Gemeindefinanzkommission soll nun bis Herbst Vorschläge für eine Neuordnung der Kommunalfinanzierung erarbeiten. „Die Gegner der Gewerbsteuer riskieren sehenden Auges ein finanzpolitisches Fiasko“, so Arnold weiter. „Letztlich baden es die Bürger aus, wenn die Kommunen angesichts klammer Kassen Gebühren für Kitas und Ganztagschulen, die Hundesteuer oder die Grundsteuer erhöhen müssen“, so Arnold. Für ihn ist klar: Wer Unternehmen entlastet, muss Bürger belasten. Für ihn ist daher die Gewerbsteuer unabdingbar: „Dieses Band zwischen Wirtschaft und Kommunen darf nicht zerschnitten werden“.